

Der Artikel "[Spezielle Ost-Soziologie oder der neue Trick des Neoliberalismus](#)" stieß auf eine ausführliche Resonanz, von der wir Einiges hier wiedergeben. Es scheint an der Zeit zu sein, sich doch verstärkt inhaltlich mit der AfD auseinanderzusetzen. Zusammengestellt von **Moritz Müller**.

1. Leserbrief

Guten Tag,

ich, und ich denke viele noch, sehe das so:

Das die AfD den Umstand nutzt, dass CDU, SPD und Grüne uns seit Jahren belügen, ist v.a. Schuld von CDU, SPD und Grünen.

Gruß
R. Thomas

2. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Tautenhahn,

nennen Sie es meinetwegen typische Westarroganz, aber ich bitte Sie mir nachzusehen, dass ich ihre Apologie des „OST-AfD-Wählers“ nicht akzeptieren kann.

Gerade in Thüringen, wo mit Höcke ein mindestens rechtsradikaler Politiker, der aus seinen faschistoiden Vorstellungen ja auch überhaupt keinen Hehl macht, als Spitzenkandidat antritt, kann das Argument der sozialen Benachteiligung bzw. der Wende-Verlierer einfach nicht mehr zur Entschuldigung taugen. Schließlich stünden auf dem Wahlzettel auch außer der Linken noch genügend dezidiert anti-neoliberale Alternativen zur Verfügung.

Anmerkung André Tautenhahn: Die Wähler der AfD von heute sind auch morgen noch Wähler. Aufgabe muss es daher aus meiner Sicht sein, sie zurückzugewinnen und nicht abzuschreiben. Sie weisen zu Recht darauf hin, dass es durchaus andere Parteien gibt, die man auf dem Wahlzettel ankreuzen könnte. Das ist aber nur dann relevant, wenn damit auch ein Politikwechsel verbunden wäre.

Mit ihren Einlassungen erklären Sie schlicht die AfD-Wähler für zu blöde zu erkennen, wen oder was sie da wählen. Und davon kann bei fast 25 Prozent beileibe nicht ausgegangen

werden. Ich stimme hier viel eher ihrem kritisierten Soziologen zu: das verbindende Element der AfD-Anhänger (übrigens im Osten wie im Westen) ist ihr Fremdenhass.

Unterschiedlich sind lediglich die individuellen Frustrationen, die dieser Projektion zugrunde liegen: hier mag bei vielen die wirtschaftliche Situation eine Rolle spielen, bei manchen sicher Minderwertigkeitsgefühle, bei wieder anderen persönliche Frusterlebnisse etc. etc.

Anmerkung André Tautenhahn: *Zunächst einmal halte ich die AfD-Wähler nicht für blöde. Sie treffen ihre Wahlentscheidung ja sehr bewusst. Ich habe es in dem Artikel eigentlich genau andersherum formuliert. Die Mehrheitsmeinung in der Öffentlichkeit warnt ständig davor, nicht so blöd und verantwortungslos zu sein, eine faschistische Partei zu wählen. Indem man die Menschen im Osten indirekt oder direkt als Idioten abstempelt, hilft man der AfD. Man treibt ihnen noch mehr Wähler zu. Darauf kam es mir an.*

Kurz: für alles negative im eigenen Leben wird ein Sündenbock gesucht und den liefert Höcke mit den Fremden. Und so abgeschmackt der Vergleich auch immer sein mag: nicht anders gingen die Nazis vor. (Entsprechend analysiert übrigens auch Adorno nicht den Inhalt, sondern die Art des Vorgehens als Gemeinsamkeit zwischen alten und neuen faschistischen Parteien)

Wenn man zudem den neuesten Erhebungen entnehmen kann, dass ein Viertel der Deutschen (mit steigender Tendenz!) antisemitische Einstellungen hat, dann sollte man den Anfängen wehren und aufhören, diese Haltungen noch zu rechtfertigen. Sie können durch das System zwar erklärt werden, nicht aber entschuldigt. Und das gilt für den Osten nicht minder als für den Westen.

Mit freundlichem Gruß aus Taufkirchen
Martin Sutor

Anmerkung André Tautenhahn: *Ziel muss sein, einer Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken und Fremdenhass nicht auch noch dadurch zu befördern, in dem man die DDR mit dem Nationalsozialismus auf eine Stufe stellt, wie es leider nach 1990 und auch heute immer noch geschieht. Nehmen Sie nur die Debatte über den Begriff des „Unrechtsstaats“, die gerade im Thüringer Wahlkampf noch einmal von Bedeutung war. Ramelow und auch Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern hatten diesen Begriff sehr vorsichtig kritisiert, was ihnen prompt die Kritik aus den eigenen Reihen einbrachte. Der Spitzenkandidat der Thüringen-SPD, Tiefensee, griff Ramelow und Parteigenossin Schwesig, dem gängigen Narrativ folgend, an. Er behauptete, die DDR sei aus „unleugbaren Gründen“*

ein Unrechtsstaat gewesen und warf Ramelow vor, sich vom Koalitionsvertrag 2014 entfernt zu haben. Darüber hinaus sagte Tiefensee, dass er die erneute Diskussion über den Begriff Unrechtsstaat für unnötig halte. Punkt. Es ist also abgeschlossen, weil es die Geschichtsschreibung so entschieden hat. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Haltung bei vielen ostdeutschen Wählern sehr wohl verstanden wurde und ein Stück weit auch das weitere Absacken der SPD in Thüringen und damit den Verlust der linken Mehrheit erklärt.

Selbst wenn die Terminologie mit dem „Unrechtsstaat“ und damit die inhaltliche Gleichsetzung mit dem NS-Regime zuträfe, sind die Konsequenzen gänzlich unterschiedlich. Während die Entnazifizierung in der Bundesrepublik halbherzig vonstatten ging, viele belastete Personen weiterhin Ämter bekleiden durften und ein „kommunikatives Beschweigen“ einsetzte, das wiederum Freiräume für ein demokratisches Denken in Westdeutschland ermöglichte, wie Hermann Lübke 1983 schrieb, galt das für die Ostdeutschen nach 1990 eben nicht. Die Eliten wurden rigoros entmachtet und die DDR zum verbrecherischen Fehltritt erklärt.

Davon unberührt haben Sie selbstverständlich Recht mit dem, was Sie über Höcke und die AfD sagen. Die Partei bedient den Sündenbock-Mechanismus. Übrigens richtet sich der meiste Hass gegen die Person Angela Merkel und die Mitglieder der Bundesregierung.

3. Leserbrief

Sehr geehrter André Tautenhahn,

vermutlich ist Ihnen das nicht bewusst, aber Ihr Beitrag wirft bei mir doch einige Fragen auf. So schreiben Sie zum Spiegel-Interview vom 29. Oktober mit dem Soziologen Alexander Yendell: „Erschreckend ist, dass der Soziologe andeutet, die ostdeutsche Gesellschaft sei quasi von Natur aus rassistisch („grundsätzlich fremdenfeindliche Einstellung“). Und: „Noch heute wird Fremdenfeindlichkeit im Osten anders wahrgenommen als im Westen“. Erschreckend finde Ihre Verdrehung der Tatsachen.

Denn auf die Frage des Spiegels, ob die Rechten im Osten anders ticken als im Westen, antwortet Yendell: „Rechtsextremismus ist nicht das alleinige Problem des Ostens, auch im Westen ist die AfD dort besonders erfolgreich, wo es Fremdenfeindlichkeit gibt. Die Mechanismen dahinter sind dieselben.“

Anmerkung André Tautenhahn: *Da haben sie vollkommen Recht, aber ich habe in meinem Text auf die Behauptung Yendells abgestellt, wonach die Ostdeutschen eine „grundsätzlich fremdenfeindliche Einstellung“ besäßen und dies kritisiert.*

Aber wir dürfen nicht vergessen: Mehr als 75 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Thüringen haben nicht AfD gewählt.“ Und das ist der zweite Aspekt, der mich erschreckt: Bei Ihnen kommen die 75 Prozent AfD-Nichtwähler überhaupt nicht vor – trotz Wahlerfolg der Linken. Auch wenn Niema Movassat auf Twitter entsetzt über die 25 Prozent für die AfD in Thüringen ist, gibt mir Ihre “Antwort” auf Movassat Rätsel auf: “Dadurch werden aber nicht nur die Wähler der AfD, sondern alle Ostdeutschen buchstäblich einer erneuten Abwertung unterzogen”, schreiben Sie, obwohl die Linke mit 31 Prozent deutlich über der AfD mit knapp 25 Prozent lag. Sind für Sie “alle Ostdeutschen” trotzdem AfD-Wähler?

Anmerkung André Tautenhahn: *Da haben Sie etwas missverstanden. Zunächst einmal sind die 75 Prozent nur indirekt thematisiert, das ist richtig. Die 75 Prozent ist aber auch sehr ungenau von Ihnen, da Sie die tatsächlichen Nichtwähler mal eben mit einschließen. Von denen wissen wir aber nicht, welche Positionen sie teilen oder nicht. Ich habe auch nicht behauptet, dass alle Ostdeutschen AfD-Wähler wären. Ich habe vielmehr erklärt, dass die Bewertung des Wahlergebnisses durch die Öffentlichkeit alle ostdeutschen Wähler in ihrer Wahlentscheidung abwertet, weil der einen Gruppe bescheinigt wird, im Sinne der Demokratie entschieden zu haben und der anderen Gruppe, das eben nicht getan zu haben. Die Öffentlichkeit erlaubt sich ein Urteil darüber, wie die Ostdeutschen ihr Wahlrecht nutzen, das ist aus meiner Sicht zu kritisieren, auch vor dem Hintergrund der „freien Wahlen“, die es für die ostdeutsche Gesellschaft erst ab 1990 gab und immer als Grundbedingung für eine Demokratie betrachtet wurde und wird.*

Mit Bezug auf Höckes vertreten Sie den seltsamen Standpunkt: “So gesehen ist es nur folgerichtig, wenn eine durch den Westen (??) dominierte Öffentlichkeit das Wort Faschismus als Vorwurf möglichst häufig bemüht, um auch weiterhin eine dringend notwendige Kehrtwende in der Sozialpolitik unterdrücken zu können” Aber was ist mit den Menschen, die in Eisenach darauf bestanden, Höcke als “Faschisten” zu bezeichnen? Waren das gar keine Eisenacher, und waren die gegen eine Kehrtwende in der Sozialpolitik? Zu Ihrer Info: Eisenach liegt nicht im Westen. Allein Sie – und niemand anders – binden die AfD-Wähler auch völlig bruchlos an Höcke, wenn sie behaupten: “Die Eilentscheidung eines lokalen Verwaltungsgerichts wird benutzt, um einerseits Höcke mit einem gewünschten Etikett zu versehen, aber auch dessen Wähler im Osten gleich mit zu verurteilen” Mein Gegenstandspunkt: Es gibt auch im Osten, inkl. Thüringen, entschiedene Gegner von Höcke, die man endlich auch im Westen ernst nehmen sollte.

Anmerkung André Tautenhahn: *Vollkommen richtig. Ich bestreite auch gar nicht, dass es eine Gegenbewegung zur AfD im Osten gibt. Das ist doch auch notwendig und widerlegt ebenso die Haltung von Yendell, der undifferenziert von „grundsätzlich fremdenfeindlichen Einstellungen“ sprach. Ich bleibe aber bei meiner Darstellung, dass die Gerichtsentscheidung von der Öffentlichkeit ganz bewusst instrumentalisiert wird, gerade auch deshalb, um eine differenzierte Betrachtung, wie ich sie versucht habe, zu unterbinden. Natürlich vertritt Höcke rechtsextreme Positionen, was denn sonst? Nur ist diese Feststellung längst bekannt, es bringt aber niemanden in der Analyse weiter, nur weil man ihn jetzt auch einen Faschisten nennen darf.*

Schließlich besteht ein weiteres erschreckendes Defizit in der Logik Ihrer Argumentation: Wie Sie selbst zitieren, ist für Yendell die Fremdenfeindlichkeit und nicht der persönliche wirtschaftliche Background das "verbindende Element der AfD-Wähler". Nur wo in ihrem ganzen Text widerlegen Sie diese Einschätzung? Sie bringen jede Menge an existenzieller Benachteiligung im Osten, so als sei das ein Gegenargument. Aber es ist ein Themenverfehlung. Denn warum sollte eine existenzielle Benachteiligung sich nicht in Fremdenfeindlichkeit ausdrücken können?

Anmerkung André Tautenhahn: *Das will ich auch gar nicht widerlegen. Soziologisch betrachtet, ist Fremdenfeindlichkeit ein verbindendes Element, wie auch schon im ersten Leserbrief dieser Sammlung anklang. Hier findet Identifikation statt, indem man ähnlich spricht. Nur verurteile ich das nicht so pauschal und undifferenziert wie Yendell, da über die Fremdenfeindlichkeit im Osten bereits sehr viel nachgedacht und geschrieben wurde. Daher auch meine knappe Formulierung, die Sozialwissenschaft sei schon viel weiter gewesen. Bereits 2002 hat Franziska Augstein beispielsweise in einem Aufsatz für den Band „Verbrechen erinnern“ geschrieben:*

„Muß man sich wirklich darüber wundern, daß der Rechtsradikalismus im Osten schneller um sich greift als im Westen? Man muß sich klarmachen: Die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung hat in den vergangenen zehn Jahren das Gefühl tiefer Demütigung erfahren. Wer nicht politisch kompromittiert ist, der hat erlebt, wie er vom westlichen Kapitalismus überholt wurde. Seit zehn Jahren fühlen die Ostdeutschen die Notwendigkeit, sich selbst zu bestätigen, daß sie nicht so treublöd sind, wie sie sich neben den tüchtigen, durchtriebenen Westdeutschen vorkommen. Nicht die jugendliche Arbeitslosigkeit ist Quelle des Rechtsradikalismus in den neuen Ländern, sondern die Arbeitslosigkeit der Eltern, ihre Orientierungslosigkeit, ihr Ressentiment, der Umstand, daß sie keinerlei Anspruch auf Autorität erheben können. Wer die eigenen Eltern als

würdelos erlebt, der sucht sich andere Maßstäbe und Vorbilder, nach denen er sich richtet.“

Tatsächlich bleibt für mich auch Yendell hier eine Antwort schuldig; denn immerhin war der Arbeiteranteil bei der Wahl in Thüringen mit 39 Prozent am höchsten (Rentner wählten allerdings mit 40 Prozent überwiegend die Linke). Dass es nicht allein an der schlechten existenziellen Situation liegen kann, wie Sie behaupten zeigen jedoch die Zahlen, nämlich dass 21. Prozent der Angestellten, 18. Prozent der Beamten (klar, besonders benachteiligt) und 28. Prozent der Selbstständigen AfD wählten. Aber ich will Sie nicht überfordern. Ich würde es jedoch begrüßen, wenn Sie wenigstens bei den Fakten bleiben und den Gegnern der AfD im Osten vielleicht etwas an Gerechtigkeit zukommen lassen könnten. Sie hätten es verdient. Denn deren Situation ist wahrlich nicht einfach.

In diesem Sinne Ihr
Armin Kammrad

Anmerkungen beziehen sich auf: nachdenkseiten.de/?p=56023 und spiegel.de/wissenschaft/mensch/thueringen-wirtschaftliche-benachteiligung-erklaert-nicht-den-erfolg-der-afd-a-1293756.html

4. Leserbrief

Liebes NDS-Team,

folgende Hinweise zum Thema:

1. Wieso sprechen Sie im Text von „demokratischen Parteien“? (Volks-)herrschaft kann nicht relativ sein. Also wer oder was sollte da gemeint sein !
2. Versuchen Sie doch mal via Internet Artikel wie z.B. Sticker oder Shirts mit traditionell linken Thesen wie „Ami go home“ (Lied gesungen von Ernst Busch) zu kaufen. Wer ist da der Anbieter? Und da sage keiner, dass die Rechten (ebenfalls schon inzwischen fast traditionell) von „ganz oben“ geführt und initiiert werden. Man klaut nicht nur den Linken die Themen, man geht prophylaktisch offensiv voran. Und wenn vielleicht vor der US-Base Ramstein mit eben diesem Spruch demonstriert wird, was ist man dann ???
3. Also wenn schon Unzufriedenheit, dann soll sie sich keinesfalls mit progressiven linken

Gedanken beschäftigen.

Einfach nur hören, sehen und denken. Der Osten wird intensivst beackert – von ThinkTanks und dem BND.

Ihr Leser I.Drechsel

5. Leserbrief

Die Sozialwissenschaft, "Sie war damals nötig geworden, um die ungeordneten Verhältnisse zu durchdringen und aus der Erkenntnis über die Funktionsweise der Gesellschaft ein Herrschaftswissen zu formen, das brauchbare Empfehlungen für ein vernünftiges politisches Handeln bietet. Heute ist es umgekehrt", so im Artikel formuliert. Die Sozialwissenschaft heute schafft nämlich weltweit ein Herrschaftswissen, das den Herrschenden zu einem nur den Herrschenden dienenden egoistischen politischen Handeln verhilft und das Volk zum globalen Opfer des politischen, wirtschaftlichen, militärischen und zum Opfer des asozialen Handelns der Herrschenden macht. Brauchbares Handeln für die Funktionsweise einer Gesellschaft sieht ganz und gar anders aus.

Dr.sc. Günter Köhler

6. Leserbrief

Seher geehrter Herr Tautenhahn,

Vieles in ihrem Artikel ist richtig, aber dennoch ist es schon bedenklich wenn man gerade in Thüringen

AfD gewählt hat.

Denn das was Björn Höcke oft formuliert ist wirklich reinste Nazi-Wortwahl.

Das hat nichts mit Wählerbeschimpfung zu tun ,wenn man die Menschen kritisiert, die einen derartigen rassistischen Hetzer wählen.

Und daß Fremdenfeindlichkeit in den ostdeutschen Ländern stark verbreitet ist, ist auch längst kein Klischee mehr, sondern entspringt der Wirklichkeit.

Und daß Nazi Schläger oft ganze Städte gerade unter Jugendlichen dominiert haben gerade in den 90er Jahren kann man sehr gut im „Freitag“ nachlesen.

180 Tote durch rechte Schläger und wahrscheinlich zehntausende geschlagene, verängstigte Menschen durch eben diese widerwärtige rechte Szene ,die in vielen ostdeutschen Städten dominiert sind nicht Wegzudiskutieren.

Daß die AfD dabei auch noch eine neoliberale Wirtschaftspolitische Auffassung vertritt ist für mich daher nur ein Nebenaspekt.

Ich bin mit einer schwarzen Frau seit 40 Jahren verheiratet.

Ost deutschen Boden möchte sie nicht betreten.Früher fand ich das überzogen.heute nicht mehr.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Werner

7. Leserbrief

Werte Nachdenkseiten!

Zu dem sehr gut analysierten Beitrag von André Tautenhahn, möchte ich gerne folgendes anmerken.

Der Umgang unserer Leitmedien und der Parteien mit der AfD ähnelt sehr dem Umgang der Medien in den USA mit Donald Trump. Statt Trump auf politischem Feld zu stellen, versucht man ihn mit gefakten oder schlüpfrigen Stories aus dem Amt zu entfernen. Dieser wird seit seinem “überraschenden” Wahlsieg gegen eine skrupellose Hillary Clinton, von den Medien mit haltlosen Vorwürfen und Anschuldigungen (Russiagate/Ukraine-gate) konfrontiert. Man versucht ein Impeachment (Amtsenthebung) durch zu boxen, obwohl man weiss das es so gut wie keinen Erfolg hat. Hillary Clinton, welche erst Bernie Sanders auf unseröse Weise weggebissen hat und dann über die Veröffentlichungen dieser Handlung wohl (Aber zu Recht!) die Wahl verlor, greift in ihrer blinden Wut jetzt sogar Tulsi Gabbard aus dem eigenen Lager an und verhöhnt die Wählerschaft von Trump. Diese (Dumme!) Wählerschaft durchschaute das schäbige Spiel, welches Clinton im Verbund mit den Medien abzog und

sie bekam die Quittung.

Obwohl diese Blaupause nicht erfolgreich war, übernehmen unsere Leitmedien sie (Wie so vieles von den USA!) Eins zu eins, um damit Stimmung gegen die AfD und deren Wählerschaft zu machen. Man sollte die AfD auf der politischen Ebene stellen, aber das kann man nicht machen, denn dann müsste man über die vielen deckungsgleichen Gemeinsamkeiten in der Agenda dieser mit den anderen Parteien reden. Man müsste über das neoliberale kapitalistische System sprechen von dem All diese mit profitieren, welches nicht auf die Bühne der Öffentlichkeit gelangen darf, aber für all die Ungerechtigkeit und die damit einhergehende Umweltverschmutzung zuständig ist. Da ist es doch einfacher die Wähler dieser Partei zu beschimpfen und diese Partei ins rechte Lager zu diskreditieren. Hier wird ein schäbiges politisches Ränkespiel auf Kosten der Demokratie und der Bürger aufgeführt, welches dazu führen könnte, dass sich der von den Leitmedien überall vehement ans Firmament projizierte Rechtsradikalismus immer mehr ausbreitet. Wenn man die Sorgen und Ängste der Bürger nicht ernst nimmt, stattdessen so gut wie alles auf Fremdenfeindlichkeit reduziert und die wirklichen Fakten nicht benennt, muss man sich nicht wundern, wenn der Bürger sich von dieser Scheindemokratie abwendet.

Mit freundlichen Grüßen Ralf Matthias, Hannover

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden Emailadressen:

- [leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- [hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- [videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.
- [redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“.